

# Call for Papers - Studentische Panels des DVPW-Kongress

Vom **25. – 29. September** findet dieses Jahr der DVPW-Kongress mit dem Titel: „*Grenzen der Demokratie – Frontiers of Democracy*“ an der Goethe-Universität in Frankfurt statt. Bei der DVPW handelt es sich um die **Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft**.

Wir als Frankfurter Fachschaft Gesellschaftswissenschaften haben uns passend dazu etwas einfallen lassen, um den Kongress noch studentischer zu gestalten: Neben einem Rahmenprogramm zum Vernetzen und Knüpfen neuer Freundschaften soll es auch drei zusätzliche studentische Panels geben. Diese sollen einen Raum bieten für Eure wissenschaftlichen Arbeiten. Wir möchten, dass während des Studiums nicht nur für die Schublade gearbeitet wird und laden daher herzlich dazu ein, Euch bis zum **31. Mai 2018** bei uns zu bewerben!

Per Mail an [fachschaft@soz.uni-frankfurt.de](mailto:fachschaft@soz.uni-frankfurt.de) könnt ihr uns einen bis zu 5-seitigen Einblick in Euer Thema geben und wir werden pro Panel drei Bewerbungen auswählen, die die Möglichkeit haben, ihre Arbeit im September gemeinsam vorzustellen und zu diskutieren. Damit ergänzen wir das „offizielle“ studentische Panel der DNGPS im Kongress, die als Nachwuchsgruppe der DVPW ebenfalls vor Ort sein werden.

Das Programm des Kongresses ist bereits online zu finden; unser Rahmenprogramm werden wir im Sommer veröffentlichen!

Bitte beachtet, dass Eure Einsendungen inhaltlich in eins der drei Panels passen sollte. Folgende Themen haben wir dafür ausgewählt:

- Demokratie und Digitalisierung: Zwischen Praktiken der Entgrenzung und neuen Formen der Grenzziehung
- Eine Stimme den Stimmlosen geben – Perspektiven, Potentiale und Einschränkungen emanzipatorischer Forschung
- Freiwilligenarbeit im Kontext von (Hochschul- und Partei-) Politik und politischen Organisationen

Genauere Informationen zu den Panels findet ihr in den nachfolgenden Beschreibungen.



# Call for Papers - Studentische Panels des DVPW-Kongress

## **„Demokratie und Digitalisierung: Zwischen Praktiken der Entgrenzung und neuen Formen der Grenzziehung“**

**Chair: David Falkenstein**

Demokratien sind in ihrem Selbstverständnis auf das Vorhandensein aktiver Öffentlichkeiten angewiesen, welche u.a. Themen in den Politikbetrieb einbringen, laufende Entscheidungsprozesse diskursiv begleiten und deren Resultate kritisch bewerten. So klassisch diese Formulierung mittlerweile erscheint, so weit verbreitet sind Thesen darüber, dass die politische Realität vielerorts diesen normativen Ansprüchen nur bedingt genügt. Gleichzeitig gehen nun mit dem Phänomen der Digitalisierung Versprechen einher, Öffentlichkeiten zu stärken und zu pluralisieren – beispielsweise durch neue grenzüberschreitende Formen von Online-Partizipation.

Den Potenzialen der Digitalisierung hinsichtlich eines emanzipativen Moments der Entgrenzung steht jedoch ein breites Spektrum an Möglichkeiten für neue Begrenzungen gegenüber: Die Kommunikation politischer Inhalte und Positionen in sozialen Medien scheint einer Diversifizierung öffentlicher Debatten nur eingeschränkt zuträglich und birgt die Gefahr der Entstehung von Halböffentlichkeiten; der Einsatz von Webtracking und Micro-Targeting ersetzt individuelle Bedürfnisartikulation zunehmend

durch die Zuschreibung persönlicher Interessen; die vermehrte Speicherung, Weitergabe und automatisierte Auswertung personenbezogener Daten in Exekutivorganen und der öffentlichen Verwaltung eröffnet Spielräume für diskriminierungsanfällige klassifikatorische Praktiken.

Die Formen der Begrenzung politischer und sozialer Teilhabe in den angesprochenen Phänomenen sind vielfältig und reichen von der Exklusion sozialer Gruppen und Individuen über die Bevormundung von Bürger\_innen bis hin zur Reproduktion physischer Grenzen. Vor diesem Hintergrund sollen in dem Panel die Auswirkungen von Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung auf das Austragen politischer Debatten (in der Öffentlichkeit sowie in politischen Entscheidungsapparaten) diskutiert werden. Regen sie den Austausch politischer Positionierungen und Argumente an oder verlagern sie die Inhalte öffentlicher Debatten in technokratische Entscheidungsprozesse? Ebenen sie den Weg in eine neue postnationale demokratische Ordnung oder tragen sie vielmehr zur Perpetuierung bestehender bzw. zur Setzung neuer Grenzen bei?

# Call for Papers - Studentische Panels des DVPW-Kongress

## **„Eine Stimme den Stimmlosen geben – Perspektiven, Potentiale und Einschränkungen emanzipatorischer Forschung“**

**Chair: Tamara Schwertel**

Seit einigen Jahren gibt es jenseits marktformiger, herrschaftsreproduzierender Sozialforschung Ansätze, die versuchen, eine kritische, aufklärerische Haltung einzunehmen, wodurch ihnen eine emanzipatorische Kraft innewohnt.

Hierbei geht es unter anderem um eine Emanzipation gesellschaftlicher Gruppen und Subjekte von politischen und gesellschaftlichen Strukturen sowie Diskursen, die eine toxische Wirkung entfachen (können). Es gilt folglich „eine bestimmte Art zu denken, zu sagen, zu handeln und auch, ein bestimmtes Verhältnis zu dem, was existiert, zu dem was man weiß, zu dem, was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zu Kultur (...)“ einzunehmen (Foucault 1992: 8).

Das emanzipatorische Paradigma hat in ganz unterschiedlichen Themenfeldern Einzug gefunden. Es handelt sich explizit um die Sichtbarmachung von gesellschaftlichen Phänomenen, sie sprechen zu lassen und ihnen Gehör zu schenken. Thematische Schwerpunkte sind hierbei, angefangen bei der Sichtbarmachung von Perspektiven, den Mitteln und Möglichkeiten emanzipatorischer Ansätze, über die Rolle der/ des Forscher\*in. Wie also ist es möglich, Potentiale zu entfalten, welche ein Augenmerk auf problematische Strukturen legen und Gesellschaft anders denken?

# Call for Papers - Studentische Panels des DVPW-Kongress

## **„Freiwilligenarbeit im Kontext von (Hochschul- und Partei-) Politik und politischen Organisationen“**

Chair: Carolin Mauritz

Freiwilligenarbeit ist weit verbreitet – auch im politischen Bereich. Freiwilligenarbeit im politischen Bereich meint, dass Menschen regelmäßig, unentlohnt und außerhalb ihres privaten Haushaltes bzw. für andere als ihre Freund\*Innen und Verwandte im politischen Bereich – z.B. im Bereich Hochschul- und Parteipolitik, in politischen Stiftungen und Think Tanks und politischen NGOs – arbeiten. Freiwilligenarbeit besitzt eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz, da die Reproduktion ganzer politischer Systeme und Gesellschaften ins Stocken geraten würde, wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht zu einem Großteil als Freiwilligenarbeit geleistet werden würde.

Das Panel „Freiwilligenarbeit im Kontext von (Hochschul- und Partei-) Politik und politischen Organisationen“ will daher den Versuch unternehmen, die beiden Themen „Politik“ und „Freiwilligenarbeit“ zusammen zu denken und in Beziehung zu setzen. Folgende Schwerpunkte sollen dabei gesetzt werden:

### **Arbeitsverhältnisse im Spannungsfeld zwischen Erwerbs- und Freiwilligenarbeit im politischen Bereich**

Hochschul- und Parteipolitik, politische Organisationen und NGOs sind ohne Menschen, die Freiwilligenarbeit leisten, kaum zu denken, da durch freiwillig und unentlohnt geleisteter Arbeit ein Großteil der notwendigen Arbeit geschieht. Gleichzeitig gibt es aber sowohl in Hochschul- als auch in Parteipolitik entlohnte, hauptamtliche Kräfte. In einem ersten Schwerpunkt des Panels sollen daher die Ausgestaltung und Konsequenzen der Arbeitsverhältnisse in der (Hochschul-)Politik im Spannungsverhältnis zwischen

Freiwilligen- und Erwerbsarbeit diskutiert werden. Hier wäre zu fragen, in welchen Arbeitsverhältnissen leben und arbeiten Politiker\*Innen, Politikwissenschaftler\*Innen und Arbeiter\*Innen in politischen Organisationen heute und wie können diese z.T. hybriden Arbeitsverhältnisse zwischen Lohn- und Freiwilligenarbeit im Bereich der Politik beschrieben werden?

### **Politische Freiwilligenarbeit im Spannungsfeld zwischen Selbstverpflichtung und Schaffung autonomer Freiräume**

Freiwilligenarbeit gilt häufig auch als Wiege der Demokratie, in deren Verlauf mündige Bürger\*Innen entstehen. Sie nehmen so ihr Glück in einem liberal-demokratischen Staatsgefüge selbst in die Hand und leisten durch ihre Arbeit den notwendigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Gleichzeitig werden die Räume, in denen Freiwilligenarbeit geschieht, z.B. in NGOs und selbstverwalteter Hochschulpolitik durch staatlichen Zugriff geschützt und sogar - z.B. steuerrechtlich – gefördert. In einem zweiten Schwerpunkt des Panels kann daher die Ambivalenz zwischen dem Verständnis von Freiwilligenarbeit als notwendiger Beitrag zum politischen Allgemeinwohl und Etablierungsmöglichkeit autonomer Freiräume und die sich daraus ergebenden Spannungen näher betrachtet werden. Auch stellt sich hier die Frage, wie Freiwilligenarbeit als inzwischen notwendiger Karrierefaktor in die Lebensplanung der Akteure eine Rolle spielt.